

II- 1401 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 7. Juli 1971

No. 429/J

Dringliche                      A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Withalm  
und Genossen  
an den Bundeskanzler  
betreffend Nichterfüllung der verfassungsmäßig übertragenen  
Aufgaben durch die Bundesregierung

Am Freitag, den 2. Juli 1971, fanden auf Einladung des Bundeskanzlers Verhandlungen mit der ÖVP über das Budget für 1972 statt, in dessen Verlauf ein weiteres Gespräch für die nächsten Woche vereinbart wurde. Für dieses kommende Gespräch wurden auch Unterlagen übermittelt. Die Öffentlichkeit ist ferner von geplanten Budgetgesprächen mit der FPÖ informiert worden. Ohne aber die weitere Entwicklung abzuwarten, sagte der Bundeskanzler im Abendjournal vom 6. Juli 1971: "Das erweiterte Parteipräsidium ..... hat nach einem eingehenden Bericht, den ich ihm erstattet habe, einstimmig beschlossen, dem Klub der Sozialistischen Abgeordneten zu empfehlen, einen Antrag auf Beendigung der Legislaturperiode in der nächsten Sitzung des Nationalrates zu stellen." Weiters erklärte er: "Ich bin auch der Meinung, daß auch in der Politik der Grundsatz von Treu und Glauben gelten muß."

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgende

A n f r a g e:

- 1) Aus welchen Gründen sieht sich also die Bundesregierung außerstande, die ihr verfassungsmäßig übertragenen Aufgaben für die gesamte Legislaturperiode - wie sie dies noch vor einiger Zeit behauptet hatte - zu erfüllen ?

- 2 -

- 2) Was veranlaßte Sie, Herr Bundeskanzler, zu Budgetverhandlungen einzuladen, diese unmotiviert nicht fortzusetzen und Neuwahlen zu provozieren?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß §73 GO des Nationalrates als dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner Gelegenheit zur Begründung zu geben.